

Ausländische Armeen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **136 (1970)**

Heft 4

PDF erstellt am: **18.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

- Maos Aufruf zur Mobilisierung und Vorbereitung für den Kriegsfall hat eine Kriegspsychose geschaffen, die voll von Haß und Hetzaufrufen ist.
- Die Partei versucht durch «Armeen von Propagandisten» die Kontrolle über das Volk noch zu verstärken, bereitet das Volk vor, sich auf Not und Krieg einzustellen.
- Militärpatrouillen jagen von einem Ende der Stadt zum anderen, die Polizei taucht an jeder Straßenecke, nicht nur einzeln, sondern in Gruppen, auf.
- Millionen von Studenten werden in abgelegene Grenzgebiete entsandt, um der Gefahr aus dem Norden zu begegnen.
- Arbeiter und Bauern werden gezwungen, auf das letzte bißchen «Ich», das ihnen verblieben ist, zu verzichten.
- Das Volk wird aufgerufen, durch Zeichnen von Staatsanleihen den letzten Groschen aus der Hand zu geben, um die hohen Kosten für die strategische Rüstung aufbieten zu können.
- Seit 1958 ist die Landwirtschaft praktisch stehengeblieben, wird sie vom Staat nur durch Losungen unterstützt. Und das, obwohl die Bevölkerung jährlich mindestens um 10 Millionen Menschen zunimmt.
- Man kann schlechthin von einer totalen Mobilisierung sprechen; die Kriegspsychose hat ein Ausmaß angenommen, das kaum mehr zu überbieten ist. S. (J. Andrejew am 21. Januar 1970)

Kriegspsychose in China

Zu Beginn des Jahres 1970 sind in China neue Reisebeschränkungen für ausländische Diplomaten und Journalisten in Kraft getreten. Nach Ansicht der «Agence France Presse» haben diplomatische Kreise Pekings diese Maßnahmen mit «verstärkten Vorbereitungen für einen Krieg» erklärt. Aus Veröffentlichungen der internationalen Presse ist zu entnehmen, daß Peking «Verteidigungsmaßnahmen» durchführt, die die Kriegspsychose stark anheizen sollen. So fordern zum Beispiel militärische Befehlshaber die Bevölkerung zum Bau von Splittergräben auf.

Gleichzeitig versucht Maos Propaganda die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß ein Krieg für China, mit Maos Ideen ausgestattet, nichts Gefährliches darstelle.

In einem Aufsatz «Zwei verschiedene Ansichten über den Krieg» schrieb am 24. Dezember 1969 «Schemminschibao», daß der Krieg, obwohl er einige Zerstörungen mit sich brächte, zur «Befreiung und zum völligen Sieg der Ideen Maos» führe.

Die Maoisten setzen hemmungslos ihre Verleumdungen der Sowjetunion fort. Sie versuchen dem chinesischen Volk klarzumachen, daß die UdSSR angeblich mit den Imperialisten der USA und anderen Reaktionären (gemeint sind Indien und Japan) China einzukreisen versucht, ja sogar militärisch überfallen und besetzen will, um dort das kapitalistische System wieder einzusetzen.

Chinesische Zeitungen sind bemüht, sich gegenseitig mit Ausfällen gegen die Sowjetunion zu übertreffen. Sie bringen unter anderem den neuen Appell Maos, 1970 mit den Vorbereitungen, der Aggression eine entsprechende Abfuhr zu erteilen, zu beginnen. Propagandisten bereisen die Grenzgebiete zur UdSSR, um der Bevölkerung den neuen Appell Maos bekanntzumachen.

Die internationale Presse ist der Ansicht, daß Peking die Atmosphäre einer «belagerten Festung» aufbauscht, um von den zahlreichen Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten des täglichen Lebens abzulenken. Presse und Radio weisen auf die «ernste Bedrohung» hin, sie fordern die Streitkräfte auf, ihre Kontrolle über Wirtschaft und Landwirtschaft, über die gesamte Bevölkerung zu verstärken. «Bereitet euch auf Krieg und Hunger vor», das ist die Losung, die in zunehmendem Maße zu hören und zu lesen ist.

Gleichzeitig warnt die Presse vor jedem Versuch, die Einheit der Partei zu zerstören. Es ist offenbar ein weiteres Problem, daß die führenden Parteigremien bis heute, 9 Monate nach dem Parteitag, noch nicht festgelegt worden sind. Partei und Armee, das geschlossene Volk, müssen sich um Mao und Lin Piao versammeln.

Die Verleumdung von der «sowjetischen Bedrohung» soll nur dem Zweck dienen, die Kräfte Chinas, die für die Freundschaft mit der UdSSR plädieren, einzuschüchtern und zurückzuhalten. S.

(Artikel der Taß vom 10. Januar 1970)

Hundertster Geburtstag Lenins

Im Mittelpunkt des Berichtswesens der sowjetischen Presse steht seit Monaten der am 22. April 1970 zu begehende hundertste Geburtstag Lenins. In zahlreichen Artikeln wird versucht, das derzeitige Zeitgeschehen mit Lenin oder seinen Aussprüchen in Verbindung zu bringen.

Am 24. Januar schrieb der Chef des Stabes der vereinten Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten, Armeegeneral Schtemenko, unter der Überschrift «Waffenbrüderschaft» einen solchen. Er betont die enge Zusammenarbeit der Warschauer-Pakt-Staaten, die auf einer langjährigen Tradition aufbaue. Schtemenko führt zahlreiche Beispiele auf, die die Zusammenarbeit des «sozialistischen Internationalismus» bei verschiedenen Kriegen und Konflikten seit der Oktoberrevolution beweisen.

Bemerkenswert ist das nun Folgende. Schtemenko erinnert daran, daß auf der vorjährigen Konferenz des politischen beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten in Budapest unter besonderer Betonung der Einheit und Zusammenarbeit *wichtigste Entscheidungen* getroffen wurden. Jetzt verfügen die Warschauer-Pakt-Staaten nicht nur über *erstklassige nationale Streitkräfte*; auf Grund von entsprechenden Entscheidungen der Regierungen werden aus den nationalen Streitkräften Einheiten und Verbände, rückwärtige Dienste und Führungsorgane dem vereinten Oberkommando zur Verfügung gestellt. Von großer Bedeutung für das Wachsen der Verteidigungskraft unserer sozialistischen Koalition ist die weitere Vervollkommnung des Mechanismus des Warschauer Paktes. Auf der bereits erwähnten Budapester Konferenz wurden, neben einer neuen Beurteilung der Lage, weitere wichtige Entscheidungen getroffen, die jetzt in die Tat umgesetzt werden. Mehrere Konferenzen auf militärischer Ebene fanden im Dezember in Moskau statt.

Diese Notizen lassen darauf schließen, daß integrierte Streitkräfte des Warschauer Paktes geschaffen werden – eine Nachricht, die von großer militärischer und politischer Tragweite ist. Die Reorganisierung des Warschauer Paktes könnte zur Folge haben, daß die Sowjetunion

künftig für alle Operationen, die sie plant, auch Truppen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten nach eigenem Ermessen heranziehen könnte. S.

Ausländische Armeen

NATO

In einem Vortrag in Brüssel warnte der europäische Oberkommandierende des Atlantikpaktes, General A. Goodpaster, vor einer einseitigen Reduzierung der Streitkräfte in den NATO-Ländern, Kürzungen in den Verteidigungshaushalten und Vernachlässigung der modernen Ausrüstung. Dadurch würden nur «militärische Abenteuer» gefördert und Aggressionskräfte ermutigt. *Andererseits* sind nach Angaben aus Kreisen des amerikanischen Außenministeriums zwischen den USA und der Sowjetunion die NATO-Überlegungen für eine *Verminderung der konventionellen Streitkräfte* auf beiden Seiten des eisernen Vorhanges besprochen worden. Die «Washington-Post» wußte von einem «spürbaren Interesse» der Sowjets an diesen Plänen zu berichten. z

Multi Role Combat Aircraft 75 (MRCA 75) in Rom präsentiert

Die Verlegung der ersten Pressekonferenz von wirklich öffentlichem Charakter nach Rom darf wohl programmatisch verstanden werden. Zumindest sind die Italiener nunmehr ins MRCA-Vorhaben der drei Länder einbezogen, soweit die nationalen Industrien daran beteiligt sein werden. Die Tatsache, daß dieser Nachfolgetyp für die siebziger Jahre, «Panavia 100/200» genannt, inzwischen zur NATO-Forderung erklärt worden ist, erlaubt es der europäischen Wirtschaft, sich eine redliche Chance für seine Verwirklichung auszurechnen.

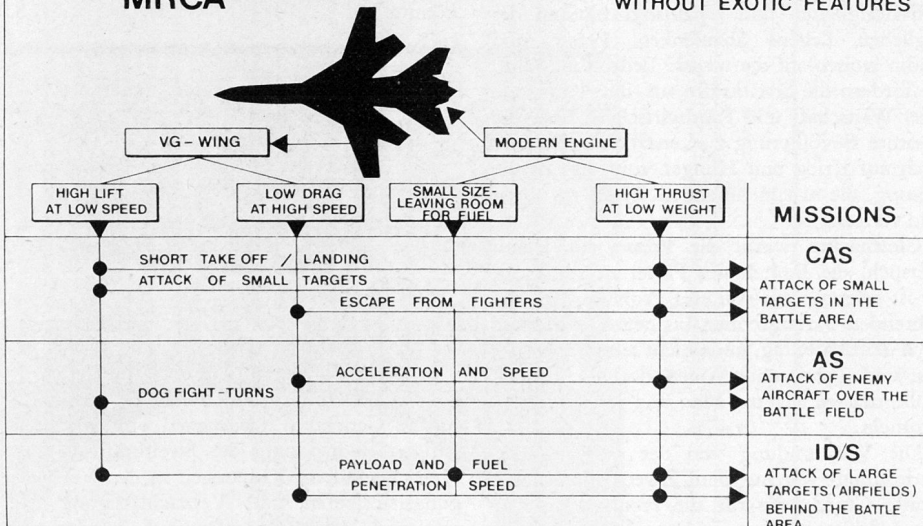
Die Forderungen militärischer Art an das Flugzeug sind klar definiert, realistisch und vollständig auf die europäische Luftverteidigungssituation zugeschnitten, einschließlich des Mittelmeerraumes. Diese Forderungen werden nun von einem verhältnismäßig kleinen und leichten Flugzeug erfüllt – größer als der F 104 G «Starfighter», aber entschieden kleiner als der F 4 «Phantom». Das Konzept dieses Vielzweckflugzeuges ist wirtschaftlich. Die Entwicklung von drei verschiedenen Flugzeugen für die speziellen Forderungen der drei Länder wäre wesentlich teurer als die Entwicklung des MRCA. Die durch die drei Aufgabenstellungen bedingten Leistungscharakteristiken ermöglichen bei den verschiedenen Versionen einen sehr hohen Grad an sogenannter «Commonality» (rund 70%), das heißt an Übereinstimmung der Auslegung.

Die wesentlichen Leistungscharakteristiken des MRCA 75 sind:

- große Einsatzflexibilität durch die Verwendung von Schwenkflügeln;
- große Sicherheit und Einsatzwirksamkeit durch zwei Triebwerke;

PANAVIA 100/200 MRCA

MULTI ROLE PERFORMANCE
BY MODERN TECHNOLOGY
WITHOUT "EXOTIC" FEATURES



- den Bedürfnissen der zukünftigen Luftverteidigung entsprechende Start- und Landefähigkeiten;
- großes Geschwindigkeitsspektrum;
- Einsatzmöglichkeit von unvorbereiteten Flächen aus;
- große Manövrierfähigkeit bei hohem Leistungsüberschuß für die Air-Superiority-Mission;
- für die Interdictionmission größere Reichweiten bei Einsatz ab größeren Flugplätzen mit zusätzlicher Treibstoffzuladung und hoher Eindringgeschwindigkeit;
- große Manövrierfähigkeit bei mittleren Geschwindigkeiten für das Angreifen begrenzter Ziele in der Close-Air-Support-Mission.

Nachdem sich die Forderungen bezüglich der Nutzlast, der Reichweite, der Geschwindigkeit und der Starteigenschaften bei den drei beteiligten Ländern überschneiden, war man in der Lage, zwei Versionen («Panavia 100 und 200») des Flugzeuges zu entwerfen, die die gleiche Größe und fast das gleiche Gewicht aufweisen. Die äußere Konfiguration der beiden Versionen ist die gleiche. Der hauptsächliche Unterschied besteht in der einsitzigen und der zweisitzigen Auslegung und in der Avionik. Das Flugzeug wird mit variabler Flügelgeometrie ausgerüstet, wodurch es leichter, einsatzwirksamer und somit billiger wird. Die Technologie des Schwenkflügels ist während des vergangenen Jahrzehnts gründlich erarbeitet worden. Hauptsächlich durch den Einsatz von Schwenkflügeln und den großen Leistungsüberschuß kann das Flugzeug die militärischen Forderungen vollständig abdecken. Der Leistungsüberschuß wird durch das fortschrittliche Bypasstriebwerk mit Nachbrenner und Schubumkehr erreicht.

Die Entwicklungskosten des projektierten Flugzeuges betragen einschließlich Triebwerke und Avionik 600 Millionen Dollar. Die sogenannte Unit Production Cost, das heißt der reine Stückpreis ohne Ersatzteile, wird mit 2,9 Millionen Dollar veranschlagt.

Die Entwicklungsphase für das MRCA 75 beginnt am 1. Mai 1970. Bis dahin ist die gegenwärtig laufende Definitionsphase abgeschlossen und das Flugzeug bis ins Detail definiert. Geplant ist der Bau von vorerst 13 Prototypen.

Das MRCA 75 ist eine europäische Notwen-

digkeit und steht deswegen unter schärfster Kostenkontrolle. Die europäische Flugzeugindustrie wird nicht mehr viele solcher Chancen in den siebziger Jahren haben, und es entsteht daraus die Verpflichtung, das MRCA-75-Programm erfolgreich abzuschließen. ub («Wehr und Wirtschaft» Nr. 12/1969)

Bundesrepublik Deutschland

Der Bonner Verteidigungsminister *Helmut Schmidt* möchte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die deutsche Bundeswehr in eine *Berufarmee* nach dem Vorbild Großbritanniens, mit einer zusätzlichen *Miliz*, umwandeln. Demnach wäre die Armee neu aus folgenden zwei Elementen zusammengesetzt: Erstens aus einem kleineren, ausbildungsintensiven und präsenten Kader von Längerdienenden und Berufssoldaten und zweitens aus einer milizähnlichen Komponente, die sich bei relativ kurzem Grundwehrdienst aus wehrpflichtigen Soldaten zusammensetzen würde. Nach Auffassung Schmidts könnte die Verkürzung des jetzigen Grundwehrdienstes von 18 auf 15 Monate ein erster Schritt zu diesem Ziele sein. Vorher müßte jedoch das Defizit von 30 000 Unteroffizieren und 5000 Offizieren allmählich beseitigt werden.

Wie aus informierten Kreisen in Bonn verlautete, verhandelt die griechische Regierung seit mehr als 1½ Jahren mit der Bundesrepublik Deutschland über den Kauf von vier 350 t schweren U-Booten. Diese U-Boote, die anfangs der sechziger Jahre gebaut wurden, sind 42 m lang, 4,6 m breit, werden an der Oberfläche von einem 1200-PS-Dieselmotor angetrieben und unter Wasser von elektrischen Motoren mit 1200 PS. Der Schiffsrumpf besteht aus antimagnetischem Stahl, die Besatzung umfaßt 21 Personen, und die Geschwindigkeit beträgt 17 Knoten. z

Folgeneration der Mittelklasse-Radfahrzeuge für die Bundeswehr

Einer Anregung des Bundesministeriums für Verteidigung und des Bundeswehrbeauftragten folgend hatten sich Ende 1964 die Firmen Büssing, Rhein Stahl-Henschel, KHD-Magirus, Krupp und MAN zur Entwicklung einer

zweiten Generation von Radfahrzeugen für die Bundeswehr in einem Gemeinschaftsbüro zusammengelassen. Für die geplante Neuausstattung der Bundeswehr im Zeitraum 1970 gilt das vom Bundeswehrbeauftragten im Zusammenwirken mit den zuständigen militärischen Stellen ausgearbeitete Pflichtenheft, das taktische Lastkraftwagen – zum Teil gepanzert und schwimmfähig – und einen Spähwagen vorsieht. Der schwimmfähige Radspähpanzer soll für weitreichende Aufklärungsaufgaben als Ersatz für das gegenwärtig eingesetzte Hotchkiss-Kettenfahrzeug eingeführt werden. Für den Transport von Mannschaften (Schützen- und Grenadiergruppen) und von Material, für Führungs- und Fernmeldedienst und für den Verwundetentransport will man ein geländegängiges, gegen Splitter wie auch ABC-Waffen schützendes Motorfahrzeug haben, das ebenfalls schwimmfähig ist. Der Spähpanzer soll ab Mitte 1972 in den Truppendienst gelangen, während die Transportfahrzeugversionen 1973 zu liefern wären. Es wird eine weitgehende Standardisierung der Fahrzeuge untereinander und mit anderen künftigen Typen angestrebt. Der Aufwand für die Ausbildung und Materialerhaltung muß gegenüber der jetzigen Ausstattung wesentlich verringert werden. Die Gruppe der ungepanzerten Fahrzeuge der Nutzlastklassen 4 bis 10 t ist zweifellos die wichtigste und aufwendigste. Sie dürfte rund 80% des finanziellen Aufwandes der neuen Fahrzeugausstattung beanspruchen. Der Bedarf wurde wie folgt veranschlagt:

- 4 000 gepanzerte Radfahrzeuge;
- 45 000 ungepanzerte, geländegängige Transportfahrzeuge für den Gefechtsbereich (4, 7, 10 t);
- 10 000 Transportfahrzeuge der vereinfachten Version für den rückwärtigen Bereich. ub («Wehr und Wirtschaft» Nr. 12/1969)

Stabilisierte Kanone für den Kampfpanzer «Leopard»

Die stabilisierte Kanone für den Kampfpanzer «Leopard» soll in Kürze in den Truppenversuch genommen werden. Diese Entwicklung würde die Leistungsfähigkeit des bewährten Panzers noch weiter erhöhen, da es mit der lagestabilisierten Kanone möglich sein wird, auch während der Fahrt in unebenem Gelände zu schießen. ub («Wehr und Wirtschaft» Nr. 12/1969)

Der 2000. «Leopard» ausgeliefert

Fast genau 4 Jahre nach der Auslieferung des ersten Kampfpanzers «Leopard» hat vor wenigen Wochen der 2000. Panzer dieses Typs die Montagehallen der Krauß-Maffei-Fahrzeug-GmbH in München verlassen. Dieses Ergebnis läßt erneut den Erfolg deutlich werden, den der «Leopard» nach Konzeption, Konstruktion und Herstellung bei der Bundeswehr und bei den Heeren einiger befreundeter Staaten darstellt. ub («Wehrtechnik» Nr. 12/1969)

Messerschmitt-Bölkow-Blohm baut 50 neue «Starfighter»

Das Bundesministerium der Verteidigung hat der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH den Auftrag zum Bau von 50 weiteren «Star-

fightern» für die Bundesluftwaffe und die Bundesmarine erteilt.

Der Wert des Auftrages beträgt 161 350 000 DM. An der Durchführung sind außer den Werken Augsburg und Manching des Unternehmensbereiches Flugzeuge weiter beteiligt: das Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Werk Donauwörth (Unternehmensbereich Verkehrssysteme), die Dornier GmbH und die Vereinigten Flugtechnischen Werke GmbH. Die Auslieferung beginnt anfangs 1971 und wird mit durchschnittlich 3 Flugzeugen im Monat erfolgen.

(«Wehrtechnik» Nr. 12/1969)

«Wehrgeschichtliches Museum» in Rastatt

Das bisherige Historische Museum in Rastatt/Baden, Schloß, ist auf Grund eines Verwaltungsabkommens mit dem Land Baden-Württemberg am 1. Januar 1969 als «Wehrgeschichtliches Museum» in die Verwaltung des Bundes übernommen worden.

Das dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg im Breisgau angegliederte Museum ist die zentrale Sammlungs- und Ausstellungstätte der Bundeswehr für die Geschichte des deutschen Wehrwesens. Seine Ausstellung im Schloß Rastatt sind Bundeswehr und interessierter Öffentlichkeit zugänglich.

(«Wehrtechnik» Nr. 12/1969)

Frankreich

Frankreich wird an Libyen nicht nur 100, sondern etwa 110 Düsenjäger vom Typ «Mirage» liefern. Die Lieferung wird sich zur Hälfte aus Düsenjägern des Typs «Mirage 5», aus 30 «Mirage c» (Abfangjägern) und mindestens 20 Trainings- und Aufklärungsflugzeugen zusammensetzen. Aus zuständiger Quelle in Paris verlautete ferner, daß Frankreich auch die Ausbildung der libyschen Luftwaffe vollumfänglich übernehmen werde. Libyen brauche für die Pilotierung und den Unterhalt seiner künftigen Luftwaffe mindestens 200 Piloten und über 1000 Techniker. Eine Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstituts ergab, daß 56% der befragten Franzosen den Verkauf französischer «Mirage»-Flugzeuge an Libyen ablehnen; nur 19% sprachen sich ausdrücklich dafür aus.

In Cherbourg wird zur Zeit ein für die griechische Marine bestimmtes 47 m langes Raketen-schnellboot gebaut, das mit Meer/Meer-Raketen «Exocet» mit einem Kaliber von 38 mm ausgerüstet wird. Griechenland soll insgesamt vier solcher Boote bestellt haben.

Grossbritannien

Die britische Regierung will im neuen Haushaltjahr 2280 Millionen Pfund Sterling (rund 23 Milliarden Franken) für die Verteidigung ausgeben. In einem Weißbuch vertritt die Regierung Wilson die Ansicht, daß ein dauerhafter Friede in Europa nicht durch die Erhaltung des Machtgleichgewichtes auf der Grundlage eines ständigen Wettrüstens erreicht werden könne. Das nächste Jahrzehnt werde darum eine Zeit der Verhandlungen zwischen den rivalisierenden Bündnissen sein. Im Weißbuch wird indes gleichzeitig festgestellt, daß das Vertrauen der europäischen NATO-Länder weiterhin auf den

Zusagen der USA beruhe, Europa durch seine Atomstreitkräfte zu schützen.

Im Zusammenhang mit diesem Weißbuch wurde vom linken Flügel der Labourpartei vor allem die Absicht kritisiert, im Spätsommer 1970 die britischen Truppenbestände am Rhein wieder um 5000 bis 6000 Mann zu verstärken, sofern mit der Bundesrepublik eine zufriedenstellende Vereinbarung über die Verteilung der damit verbundenen Devisenlast getroffen werden könne.

Der Labourlord Wigg, ein Spezialist für Verteidigungsfragen, erklärte am britischen Radio und am Fernsehen, es sei «höchst bedauerlich», daß die Labourregierung nicht gewillt sei, die allgemeine Dienstpflicht wiedereinzuführen, sondern sich auf verhältnismäßig kleine Berufsstreitkräfte von 350 000 Mann verlasse. Für Lord Wigg ist sodann das nukleare Element in der europäischen Verteidigung nicht glaubwürdig, da im Ernstfall die 7000 in Europa lagern den Nuklearwaffen einzig auf Befehl des amerikanischen Präsidenten eingesetzt werden könnten. Jeder potentielle Gegner wisse aber, daß kein amerikanischer Präsident einen Kernwaffenangriff auf New York und Chicago wegen Europas riskieren würde.

In der «Times» veröffentlichte am 23. Februar Earl Mountbatten of Burma, ehemaliger Chef des britischen Reichsverteidigungsstabes, einen Brief zum Problem der sogenannten taktischen Atomwaffen, in dem er erklärt, es sei unangebracht, auf solche Waffen zu zählen. Schon in der Zeit seines Wirkens in der NATO habe er keine Gelegenheit versäumt, darauf hinzuweisen, daß ein Einsatz «taktischer» Atomwaffen bald einmal eskalieren und damit zu globaler

atomarer Zerstörung führen würde. Daher könne niemand im Ernst an einen solchen Einsatz denken.

Schweden

Im Laufe des Jahres 1969 verweigerten in Schweden 317 Wehrdienstpflichtige den Militärdienst, darunter 25 in Wiederholung. 1968 hatte die Zahl der Wehrdienstverweigerer erst 112 und 1967 nur 61 betragen. Im Jahre 1969 liefen insgesamt 2077 Gesuche um Befreiung vom Wehrdienst ein.

Eine neue schwedische Leichte-Panzer-Familie

Schützenpanzer Typ 302. Der Schützenpanzer 302 erfüllt die hohen Anforderungen, die ein modernes Heer heute an die Geländegängigkeit hinsichtlich Panzerung, Bewaffnung und Transportleistung stellt.

Der Schützenpanzer 302 kann verwendet werden als

- Mannschaftstransportwagen,
- bewegliche Kommandostelle für Infanterie- und Panzer- oder Artillerieeinheiten,
- Versorgungsfahrzeug,
- Feldambulanz.

Die Ladekapazität beträgt 2 t. Der Schützenpanzer 302 kann außer der Besatzung, die aus dem Fahrer und dem Richtschützen besteht, zehn Infanteristen in voller Kampfausrüstung aufnehmen. Je nachdem, welche Aufgabe das Fahrzeug zu erfüllen hat, kann es leicht und schnell umgewandelt werden. Das Gefechts-gewicht beträgt 13,5 t.



Der Schützenpanzer 302 für das schwedische Heer ist mit einer Maschinenkanone Kaliber 20 mm in einem um 360° drehbaren Turm bewaffnet. Die Waffe kann sowohl gegen Boden- als auch gegen Luftziele verwendet werden.

Im Dach befinden sich zwei große Kampfkluken, durch die acht Grenadiere Handwaffenfeuer abgeben können. Das Fahrzeug ist auch mit Nebelgranatwerfern ausgerüstet. Ausschußöffnungen für den Feuerkampf aus dem Innern des Fahrzeuges fehlen jedoch.

Die Spitzengeschwindigkeit auf der Straße beträgt 65 km/h. Das Fahrzeug hat auch amphibische Eigenschaften: Es kann mit voller Kampflast Wasserläufe mit einer Strömung von bis zu 1,5 m/sec überqueren. Als Vorbereitung für den amphibischen Betrieb muß man nur die Schwallplatte vorn senken und die eingebauten Lenzpumpen in Gang setzen. Im Wasser wird das Fahrzeug von seinen Ketten angetrieben. Die Spitzengeschwindigkeit im Wasser beträgt etwa 8 km/h.

Gepanzertes Bergfahrzeug 82. Das gepanzerte Bergfahrzeug 82 wurde für den Einsatz bei Panzereinheiten mit Fahrzeugen bis zu 40 t Gewicht entworfen. Das gepanzerte Bergfahrzeug 82 ist ebenso beweglich wie die modernen mittelschweren Panzer.

Mit einer Besatzung von drei oder vier Mann kann das gepanzerte Bergfahrzeug 82 verwendet werden

- für die Bergung von gepanzerten Kampffahrzeugen,
- für das Abschleppen von gepanzerten Kampffahrzeugen,

- für die Hilfestellung bei Instandsetzungsarbeiten, das heißt, wenn schwere Teile wie Triebwerke ausgetauscht werden müssen,
- für Planierarbeiten,
- für den Transport von Instandsetzungsgerät.

Das gepanzerte Bergfahrzeug 82 ist mit einer im Turm eingebauten Maschinenkanone Kaliber 20 mm bewaffnet. Das Fahrzeug hat ebenfalls Nebelgranatwerfer. Das Gefechts-gewicht beträgt 24,5 t.

Das gepanzerte Bergfahrzeug 82 ist sowohl auf der Straße als auch im Gelände sehr beweglich. Die Spitzengeschwindigkeit auf der Straße beträgt etwa 60 km/h.

Das Fahrzeug hat amphibische Eigenschaften: Mit voller Kampflast kann es Wasserläufe mit Strömungen von bis zu 1,5 m/sec überqueren. Als Vorbereitung für den amphibischen Betrieb muß man nur den Transportraum des Fahrzeuges mit einem Segeltuchüberzug abdecken und die Schwallplatte senken. Im Wasser wird das Fahrzeug von seinen Ketten angetrieben. Die Spitzengeschwindigkeit im Wasser beträgt etwa 7 km/h.

Brückenlegefahrzeug 941. Das Brückenlegefahrzeug 941 ist ein Panzerfahrzeug, das für

- den Transport von Brückenmaterial,
- das Legen und Aufnehmen von militärischen Brücken und
- Planierarbeiten entwickelt wurde.

Es ist für den Einsatz bei Panzereinheiten gedacht, die mit Fahrzeugen bis zu 50 t Gewicht ausgerüstet sind. Das Gewicht beträgt inklusive der 6 t schweren Brücke 26 t.

Mit Hilfe des Brückenlegefahrzeugs 941 können Brücken bis zu 7 t Gewicht mit einer Spannweite von 11 bis 15 m gelegt werden, deren Abmessungen so gehalten sind, daß sie Fahrzeuge bis zu 50 t Gewicht tragen. In weniger als 5 Minuten kann eine Brücke aus der Transportposition des Fahrzeuges gelegt werden. Die Brücke kann von beiden Seiten wieder aufgenommen werden. Das Brückenlegen erfolgt hydraulisch; die Bedienung geschieht durch einen oder zwei Mann innerhalb des Fahrzeuges.

Das Brückenlegefahrzeug 941 ist durch Stahlpanzerplatten geschützt; als Bewaffnung hat es ein Maschinengewehr. Das Fahrzeug ist ebenfalls mit Nebelgranatwerfern ausgerüstet.

Das Brückenlegefahrzeug 941 hat dieselbe Beweglichkeit, Geländegängigkeit und taktische Reichweite wie die modernen mittelschweren Panzer. Die Geschwindigkeit auf der Straße beträgt etwa 60 km/h. Das Fahrzeug hat amphibische Eigenschaften und kann Wasserläufe mit Strömungen von bis zu 1,5 m/sec überqueren. Die Brücke wird schwimmend hinter dem Fahrzeug hergeschleppt.

Das Brückenlegefahrzeug 941 besteht im wesentlichen aus denselben Bauteilen wie das Panzerbergfahrzeug 82. Wa.

Spanien

Der Kauf französischer «Mirage» durch Spanien hat sich bestätigt. Am 10. Februar unterzeichneten der französische Verteidigungsminister Debré und der spanische Außenminister Lopez Bravo in Paris einen Vertrag über den Verkauf von 30 französischen «Mirage» an Spanien. Das Geschäft umfaßt einen Betrag von 90 Millionen Dollar. z

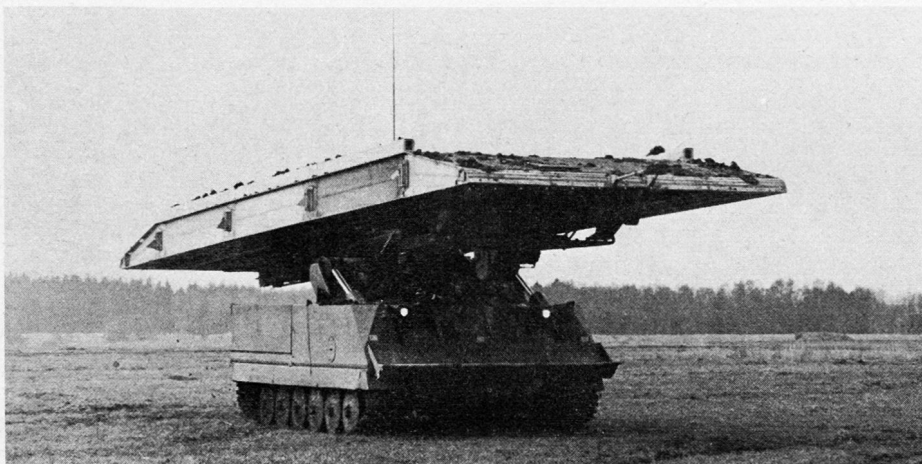
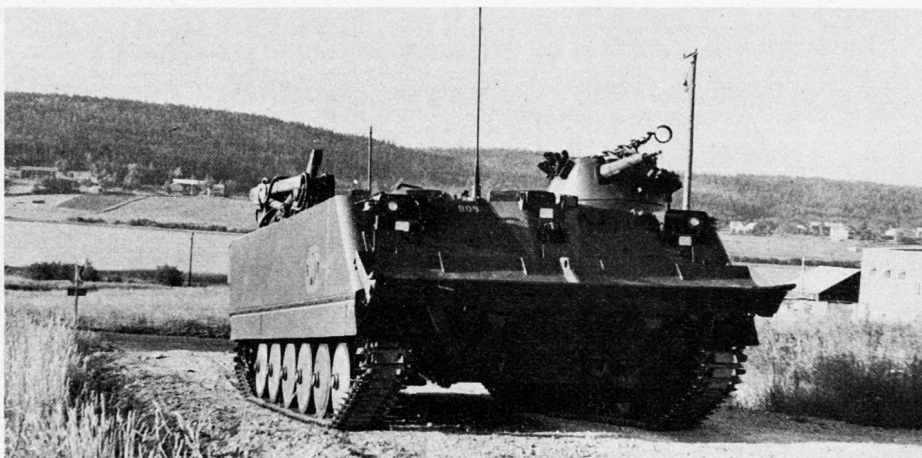
Vereinigte Staaten

200 Millionen Dollar (über 800 Millionen Franken) kostet das erste von 7 geplanten nuklear betriebenen Kriegsschiffen der amerikanischen Marine. Der neue Schiffstyp, der vor allem atomar betriebene Flugzeugträger begleiten soll, wird mit Luftabwehr- und U-Boot-Abwehrwaffen ausgerüstet sein. Anlässlich der Kiellegung des ersten dieser Schiffe in Newport News (Virginia) erklärte der amerikanische Verteidigungsminister Laird am 24. Januar, diese Schiffe seien notwendig, um der zunehmenden Bedrohung durch die sowjetische Marine begegnen zu können.

In diesem Jahre haben die USA bis zum 5. Februar auf ihrem Versuchsgelände in Nevada bereits die vierte bekanntgegebene unterirdische Kernwaffenexplosion durchgeführt. Letztes Jahr meldeten die Amerikaner 27 derartige Kernwaffenversuche. Ihre Stärke bewegte sich zwischen 20 und 200 Kt.

Die Regierung der USA hat am 14. Februar beschlossen, die Produktion und den Gebrauch von Giftprodukten zu militärischen Zwecken, die tödlich wirken, zu verbieten. Schon vorher wurde die Produktion von bakteriologischen Waffen untersagt. Tränengas fällt vorläufig nicht unter die neue Bestimmung.

Die NASA hat von der Luftwaffenbasis von Vandenberg in Kalifornien aus mit Hilfe einer «Thor-Agena»-Rakete einen Satelliten des Typs «Sert 2» auf eine Erdumlaufbahn gebracht. Dieser Satellit verfügt über zwei neuartige



Motoren, die in großen Höhen wirksamer sein sollen als selbst atombetriebene Aggregate. Die Schubkraft der Motoren wird durch die Ionisierung des Treibstoffes, der auf einer Quecksilberbasis beruht, erreicht. Die dadurch frei werdenden Ionen werden elektronisch beschleunigt, anschließend neutralisiert und dann mit einer Geschwindigkeit von 80 000 km/h ausgestoßen. Der Antrieb und die Lenkung von Raumschiffen auf interplanetarischen Reisen sollen dadurch wirtschaftlicher werden.

Auf den amerikanischen Basen in Japan sollen im Rahmen der Reduktion des amerikanischen Verteidigungsbudgets weitere 3741 einheimische Angestellte entlassen werden, zusätzlich zu den seit Oktober 1969 bereits entlassenen 2300 japanischen Angestellten.

Wie der amerikanische Verteidigungsminister Laird vor zwei Senatskommissionen in Washington erklärte, hofft er, im Laufe dieses Jahres aus Vietnam noch mehr als die 115 000 Mann abziehen zu können, die bis zum 15. April Südvietnam verlassen haben sollen.

Nach einer Inspektionsreise in Südostasien teilte der amerikanische Luftwaffenminister Robert Seamans mit, daß die «Vietnamisierung» auch auf dem Luftwaffenktor vorangetrieben werde. Innerhalb der nächsten 2 Jahre sollen die zur Zeit 20 Staffeln mit 17 000 Soldaten umfassenden Luftstreitkräfte Südvietnams verdoppelt werden. Von diesen 20 Staffeln ist gegenwärtig allerdings nur eine einzige Einheit mit Düsenjägern, und zwar mit den Überschallmaschinen des Typs F 5, ausgerüstet.

Wie Präsident Nixon anlässlich der Übermittlung des militärischen Budgets an den Kongreß mitteilte, werden am Ende des neuen Haushaltsjahres, am 30. Juni 1971, eine Viertelmillion amerikanischer Soldaten die Uniform ausgezogen haben. Dafür soll das strategische Arsenal der USA durch Ausrüstung mit modernsten Raketen mit Mehrfachsprengköpfen einen neuen Rekordstand erreichen. Die Jahreskosten für Vietnam sollen von 28,2 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 1969 auf 23,2 Milliarden im Jahre 1970 sinken und 1971 nur noch 17 bis 18 Milliarden Dollar betragen. Die zahlreichen Abstriche dürfen indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung Nixon bei den langfristigen wichtigen Stärkepositionen nicht gespart hat.

Insbesondere will Präsident Nixon das amerikanische Raketenabwehrsystem im neuen Finanzjahr weiter ausbauen. Dieses «Safeguard»-System dient bekanntlich dem Schutz der verbunkerten Interkontinentalraketen, das heißt eines Teils der Waffen für einen «zweiten Schlag» zur Abschreckung eines feindlichen «ersten Schlages». In zweiter Linie gewährt das «Safeguard»-System aber auch einen gewissen Schutz der Städte gegen chinesische Interkontinentalraketen, deren Entwicklung nach Laird freilich längere Zeit beansprucht als zuerst angenommen worden war.

Das gegenwärtige Rüstungsbudget – die Kreditbegehren für das Pentagon betragen insgesamt 71,8 Milliarden Dollar – ist, wie aus Darlegungen von Verteidigungsminister Laird vor der Militärkommission des Senates hervorgeht, als ein Übergangsbudget zu betrachten, vor allem was die strategischen Waffensysteme betrifft. In einem Jahr soll dann ein auf «festen Entscheidungen» beruhendes Budget im Rahmen eines Fünfjahresprogrammes vorgelegt werden. Bis dahin nämlich hofft man über das Ergebnis der SALT-Verhandlungen mit der Sowjetunion Klarheit zu haben. Sollten diese Verhandlungen

nicht zum gewünschten Ergebnis führen, würde die Regierung Nixon den Bau neuer offensiver Waffensysteme einleiten, die höchstwahrscheinlich Unterwassermissiles, genannt ULMS (Underwater Longrange Missile System), sein würden. – In einem Bericht an den Kongreß warnte Laird, im Augenblick liege die Hauptgefahr darin, daß die Sowjets die Zahl ihrer festinstallierten und der von U-Booten beförderten Raketen schneller steigerten als die USA. Auf lange Sicht sei sodann bedrohlich, daß die Sowjets sehr viel Gewicht auf militärische Forschungs- und Entwicklungsarbeiten legten. Sie haben nach Lairds Angaben die Ausgaben für die Forschung auf den Gebieten der Verteidigung, der Raumfahrt und der Atomenergie jährlich um 10 bis 13% erhöht, während die amerikanischen Ausgaben für diese Zwecke auf dem gleichen Niveau verblieben seien.

Sowjetunion

Die Sowjetunion hat die «Raketenlücke» zu den Vereinigten Staaten nach Ansicht des Stabschefs des amerikanischen Heeres, General William Westmoreland, «fast» geschlossen. Amerika habe nur noch die Überlegenheit dank seinen «Polaris»-U-Booten, doch holten die Russen schnell auf.

Laut einer Meldung der «New York Times» vom 6. Februar glauben britische und amerikanische Raumfahrtsachverständige, daß die Sowjetunion mit Erfolg einen Satelliten gebaut und bereits getestet hat, der andere Raumkörper aufspüren und vernichten kann. Einer dieser Satelliten sei vor 16 Monaten im Rahmen der «Kosmos»-Serie als «Kosmos 248» abgefeuert worden. Dieser habe wenig später die beiden Satelliten «Kosmos 249» und «Kosmos 252» in ihrer Erdumlaufbahn aufgespürt und zerstört. – Träfe das zu, hätten die Sowjets die Zeit, welche die Amerikaner für ihr Prestigeunternehmen der ersten Mondlandung verwendeten, in einer im Blick auf das strategische Gleichgewicht der Zukunft gefährlichen Weise ausgenutzt.

Auch die Sowjetunion führt auf ihrem Atomversuchsgelände von Semipalatinsk die unterirdischen Kernwaffenversuche fort. Ein solcher Versuch wurde am 29. Januar durch die amerikanische Atomenergiebehörde und in Schweden festgestellt.

Nach Angaben im Organ des israelischen Verteidigungsministeriums, «Naarachot», hat die Sowjetunion an die arabischen Staaten Waffen im Wert von über 2 Milliarden Dollar geliefert. Ein Teil dieser Lieferungen sei gratis erfolgt, der Rest wurde mit Warenlieferungen beglichen. Gemäß diesem Artikel halten sich gegenwärtig 3000 sowjetische Berater in Ägypten und mehr als 1500 in Syrien auf.

Israel

Nach einem Bericht in der französischen Zeitung «Figaro» soll Israel gegenwärtig eine «Super-Mirage» konstruieren, deren Prototyp voraussichtlich Ende 1971 oder anfangs 1972 startbereit sein werde. Der Bau dieses Flugzeuges werde stark erleichtert durch die dem israelischen Geheimdienst «Mossad» durch den schweizerischen Agenten Frauenknecht in die Hände gespielten, einige hundert Konstruktionspläne des schweizerischen «Mirage III S» umfassenden Dossiers, die im Besitz der Firma

Gebrüder Sulzer AG in Winterthur gewesen waren. Im gleichen Artikel wird mitgeteilt, die USA würden gemäß einer Geheimklausel im amerikanisch-israelischen Vertrag über die Lieferung von «Phantom»- und «Skyhawk»-Düsenjägern jede abgeschossene Maschine ersetzen, ungeachtet der weiteren Verhandlungen über neue Flugzeuglieferungen.

Über das israelische Militärbudget des Jahres 1970 liegen nun genauere Angaben vor. Es beträgt rund 4100 Millionen israelische Pfund (rund 5,1 Milliarden Franken), ist damit das höchste Militärbudget seit Bestehen des Staates Israel und umfaßt rund 40% des gesamten Staatshaushalts.

Ägypten

Nach einer Mitteilung der halbamtlichen Zeitung «Al-Ahram» in Kairo haben die ägyptischen Militärausgaben im laufenden Finanzjahr, das im Juni 1970 zu Ende geht, bereits 500 Millionen Pfund (5 Milliarden Franken) überstiegen.

Japan

Als viertes Land der Welt – nach den USA, der UdSSR und Frankreich – hat Japan einen selber konstruierten Satelliten erfolgreich in eine Umlaufbahn um die Erde geschossen. Er hatte am 11. Februar, 2½ Stunden nach seinem Abschluß, die erste Erdumkreisung vollendet.

China

Der amerikanische Verteidigungsminister Laird rechnet damit, daß die chinesische Volksrepublik noch in diesem Jahre über einsatzbereite Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von rund 1600 km verfügen wird. Bis Mitte der siebziger Jahre sei zu erwarten, daß 80 bis 100 solcher Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen installiert sein werden. Damit könnten von chinesischem Territorium aus lebenswichtige Zentren der Sowjetunion erreicht werden.

Nach einem Bericht aus Hongkong umfaßt die chinesische Flotte unter anderem 33 U-Boote sowjetischer Fabrikation aus dem letzten Weltkrieg. China habe zudem mindestens 1 U-Boot selber hergestellt, das mit Raketen ausgerüstet sei und in aufgetauchtem Zustand schießen könne. Man glaubt zu wissen, daß der chinesischen Flotte, die aus Zerstörern, Schnellbooten mit Torpedoschleuderrohren, Kanonenbooten und Begleitschiffen besteht, die gleichen Mig-Flugzeuge wie der Flugwaffe zugeteilt sind.

Der Atomsperrvertrag in Kraft getreten

Der Atomsperrvertrag ist am 5. März in Kraft getreten, nachdem in Washington, Moskau und London alle erforderlichen Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind. Die Inkraftsetzung erfolgte in den Hauptstädten der beiden größten Atommächte in zeremoniellosem Rahmen, nachdem bis zu diesem Datum die Ratifikationsurkunden der USA, der UdSSR, Großbritannien (bereits am 29. November 1968 hinterlegt) und vierundvierzig weiterer Länder hinterlegt worden sind. Erforderlich für das formelle Inkrafttreten war die Ratifikation durch die drei erwähnten Atommächte und vierzig atomwaffenlose Staaten.

Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiekommission in Wien (IAEO), *Eklund*, erinnerte bei diesem Anlaß an einer Pressekonferenz in Wien daran, daß der Vertrag die Hoffnung, die man in seine Wirksamkeit setze, noch nicht zur Gänze erfüllen könne, solange es noch *viele hochindustrialisierte Länder* gebe, die bisher von einer Ratifizierung oder mindestens Unterzeichnung des Vertrages (die *Schweiz* hat unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert) Abstand genommen hätten. Die direkten Auswirkungen des Vertrages würden aber spürbar werden, sobald die Verhandlungen über das erste *Kontrollabkommen* aufgenommen würden. Der Sperrvertrag sei nur ein erster Schritt, dessen Bedeutung man in bezug auf die Abrüstungsbemühungen aber nicht unterschätzen dürfe.

Der *Atomsperrvertrag* verpflichtet die Atom-mächte, keine Kernwaffen direkt oder indirekt an andere Staaten weiterzugeben. Die nicht-nuklearen Vertragspartner verpflichten sich ihrerseits, keine Kernwaffen zu bauen oder zu erwerben. Die beiden Atom-mächte *Frankreich* und *China* haben allerdings die Unterzeichnung dieses Vertrages strikte abgelehnt.

Die vier Grundelemente der *Sicherheitskontrolle* umfaßten bisher: die Prüfung von Projekten zur Errichtung von Kernenergieanlagen, die *Buchführung* über das spaltbare Material, die Berichterstattung darüber und die Inspektionen. Der Generalinspektor der IAEO, *Rometsch*, ein gebürtiger Basler, erklärte, daß die IAEO nicht sogleich in Aktion treten werde, um die ganze Welt mit einem *Kontrollnetz* zu überziehen; es werde noch einige Zeit dauern, bis alle Vertragspartner die nötigen Abkommen mit der Organisation abgeschlossen hätten. Daher werde man erst «im Verlauf der nächsten Monate und Jahre» vom derzeit geltenden System der Sicherheitskontrollen auf das neue System übergehen können. z

des vor 100 Jahren mit der zweiten industriellen Revolution eingetretenen grundsätzlichen Wandels der Schweiz von einem Land, welches während eines halben Jahrtausends unzählige Söhne nicht zu ernähren vermochte, zu einem zahlreiche Einwanderer anziehenden Staatswesen bewußt! Die Bilanz der Einwanderung bis zum Beginn des ersten Weltkrieges weist unverkennbare Aktivposten auf: Es war gelungen, die engen politischen Grenzen mit dem Einfluß der Wirtschaftszentren zu sprengen, die schweizerische Auswanderung zu vermindern, den Nachholbedarf in Hinsicht auf die Infrastruktur zu bewältigen und reiche berufliche Kenntnisse ins Land zu bringen und hier nutzbar zu machen. Die Kontakte, die die Einwanderer zu ihrer Heimat bewahrten, verursachten allerdings nicht wenige Schwierigkeiten; als Reaktion sind die damaligen Bemühungen zu werten, den Dialog über die Sprachgrenzen innerhalb des Landes zu beleben und mit seiner Hilfe das schweizerische Selbstbewußtsein zu stärken.

Die drei Jahrzehnte vom ersten bis zum Ende des zweiten Weltkrieges wiesen keine Zuwanderung von problematischem Ausmaß auf, doch galt es, sich während dieser Zeit der politischen Überfremdung durch das Dritte Reich zu erwehren.

Der gewaltige ausländische Zustrom in den Nachkriegsjahren ist im Zusammenhang mit der beispiellosen Wirtschaftsentfaltung der westlichen Industrieländer zu betrachten. Während er von 1950 bis 1958 dem Bedürfnis eines durch die Verhältnisse gerechtfertigten Wachstums entsprach, boten die nachfolgenden Jahre ein anderes Bild. Der als Folge einer unbekümmerten Expansion einsetzende übermäßige Zustrom fremder Arbeiter nahm die öffentlichen Dienste ganz anders als bisher in Anspruch, die Nachfrage wurde aufgebläht und damit die Inflation gefördert, im Gegensatz zum Zuzug der ersten ausländischen Arbeitskräfte, der eine inflationsdämpfende Wirkung gehabt hatte. Die durch die Behörden seit 1963 verfügten Plafonierungs- und Abbaumaßnahmen waren deshalb unumgänglich.

Der Blick in die Zukunft zeigt, daß sich äußere und innere Nachfrage erhöhen und wir auf lange Frist einen großen Bedarf an Arbeitskräften haben werden. Dieser Bedarf kann aus eigenem Vermögen nicht voll gedeckt werden. Da der Mangel an Arbeitskräften auch international zunehmen wird, muß unsere Politik der Begrenzung mit möglichst genauen Vorstellungen darüber verbunden sein, in welchen Bereichen und in welchem Umfang wir fremder Beihilfe bedürfen. Entsprechenden Vorkehrungen ist etwas auf die Dauer sehr viel Wichtigeres anzufügen: eine bewußte und entschiedene Politik der Assimilierung. Oskar Reck entwirft ein klares Bild einer aufgeschlossenen, zeitgemäßen und zielgerichteten Assimilierungspolitik, die uns auch im Hinblick auf eine umfassende Landesverteidigung die Vermeidung verhängnisvoller Verluste ermöglichen soll, welche in Notzeiten durch die Abwanderung unentbehrlicher Fach- und Arbeitskräfte entstünden.

Die Schweiz in ihrer langen Geschichte internationaler Kontakte und Beziehungen ist stets von fremden Einflüssen mitgeformt worden. Internationale Entwicklungen wie der rasch fortschreitende Wirtschafts- und Sozialprozeß, die Entfaltung von Massenzivilisation und Konsumgesellschaften und anderes mehr er-

zwingen Konfrontationen mit Bestehendem, darunter nicht wenigem, was ganze Generationen für gesichert hielten. In diesem Zusammenhang führt der schillernde Begriff «Überfremdung» (politische Überfremdung, Massierung fremder Mentalität, wirtschaftliche Überfremdung, «Ausverkauf der Heimat», geistige Überfremdung?) nur in die Versuchung, im Ausländerkontingent die Ursache eines Malaises zu sehen, das aus einer ganz anders begründeten Wachstumskrise resultiert; er nährt Gefühle der Abwehr gegen das Fremde schlechthin, wo es um Begegnung und Prüfung ginge; er behindert angesichts eines Problemkreises von entscheidender Bedeutung die sachliche und unbefangene Auseinandersetzung und begünstigt statt dessen das Geschäft mit Emotionen.

Die Bekämpfung und die Ablehnung der «Überfremdungsinitiative II», durch deren Annahme ganze Unternehmen aufgegeben werden müßten, große Wirtschaftsgebiete nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen würden und eine allgemeine Verarmung resultierte, genügen nicht. Ihrer Herausforderung ist der Gestaltungswille zugunsten der Schweiz von morgen entgegenzusetzen. Nach Oskar Reck äußert sich dieser Gestaltungswille vor allem in einer differenzierten Assimilierung und einer Lenkung der Einwanderung im Übereinklang mit einer fundierten Wachstumspolitik.

Durch die knappe Nachzeichnung der historischen Entwicklung, das Aufzeigen der Vielfalt der heutigen Verflechtungen mit dem Ausland, das klare Herausheben der Wachstumsprobleme der Gegenwart und die Betonung des Gestaltungswillens, mit welchem das Schweizer Volk diese Probleme lösen muß, erfüllt die Schrift Oskar Recks eine überaus verdienstvolle Aufgabe im Vorfeld der kommenden Volksabstimmung. -i

2.

Art und Weise, Tenor und Takt, womit Reck die Frage «Ist die Schweiz überfremdet?» zu beantworten sucht, sprechen den Leser sympathisch an: keine Polemik, keine Platitüden; ehrliches Bemühen, den Dingen auf den Grund zu gehen. - Ob und inwieweit der gewiesene Weg gangbar ist, bleibt dagegen eine Ermessensfrage.

So könnte die mehr oder weniger deutlich ausgesprochene These, wonach das Bild einer «arteigenen, in sich selber ruhenden und sich selber genügenden Schweiz» einer fremdenfeindlichen Optik entspringe und zu verurteilen sei, zum Fehlschluß verleiten, daß die Pflege der schweizerischen Eigenart unzeitgemäß und unerwünscht sei. Sicher sind wir nicht eine ethnische Ganzheit, sondern «nur» - oder aber «sogar» - eine Willensnation, deren Zusammengehörigkeit auf dem Willen ihrer durchaus verschiedenen Komponenten beruht. Daß die so geartete Gemeinschaft nicht einfach, wohl aber durchaus schützenswert ist, beweist J. R. von Salis' neuestes Buch, «Schwierige Schweiz».

Der Gedankengang, wonach wir Schweizer im Hinblick auf unsere Stellung im wachstumsfreudigen europäischen Markt uns einer besonders liberalen Fremdarbeiterpolitik fleißigen sollten, weshalb eidgenössische Bedächtigkeit hier zu musealer Abkapselung führen müßte, zeigt wiederum nur die eine Seite der Medaille. Ähnliche Aufbruchfanfaren

Buchbesprechungen

Ist die Schweiz überfremdet?

Von Oskar Reck. 54 Seiten.
Verlag Huber, Frauenfeld 1969.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Abstimmungskampf ist dieses Thema von brennender Aktualität. Zwei Rezensenten sind unabhängig voneinander zu verschiedener Beurteilung der wichtigsten These Recks gelangt. Im Interesse der Meinungsbildung geben wir im folgenden beide Auffassungen wieder. Red.

1.

Dem kleinen Bändchen «Ist die Schweiz überfremdet?» von Oskar Reck, ehemaligem Präsidenten der Neuen Helvetischen Gesellschaft und Chefredaktor der «Thurgauer Zeitung», kommt das Verdienst zu, das Problem der Überfremdung in den weitgespannten Rahmen, in welchem es betrachtet werden muß, gestellt zu haben. Wer ist sich heute noch